

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 6 (1965)
Heft: 26

Vorwort: Christ und Politik
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut, Bern

6. Jahrgang, Nr. 26

Erscheint alle zwei Wochen

BERN, 22. Dezember 1965

Christ und Politik

Es gab eine Zeit, da die Vereinbarkeit von Christentum und Politik im Bewusstsein des Einzelnen und der Gemeinschaft kein Problem darstellte. Sie galt als Selbstverständlichkeit. Beide Dinge waren in ihrer öffentlichen Äusserung so verflochten, dass beider Missbrauch schon in der Anlage bestand. Er konnte, so will uns jetzt (vielleicht irrtümlicherweise) scheinen, damals noch in einer gewissen Unschuld stattfinden.

Heute können wir zwar das Verhältnis von Christentum und Politik noch immer missbrauchen, aber wir können es kaum mehr unschuldig tun. Wer heute beidem verpflichtet ist, wird normalerweise hier ein Spannungsverhältnis empfinden, unbeschadet der Frage, ob er es mehr positiv oder mehr negativ bewertet. Die Gefahr, dass die beiden Dinge in aller Schlichtheit nicht auseinandergehalten werden, mag da und dort noch bestehen, aber in unsern Breitengraden ist sie wohl geringfügig. Wer sie heute beschwört, vielleicht am Beispiel von Salazar und dem portugiesischen Landpfarrer, behandelt ein Problem, das sich rasch der zeitgeschichtlichen Wichtigkeit von Indianerreservaten nähert.



Zwei Dinge. Dürfen sie zusammengehören? Dürfen sie sich ausschliessen?

Nun wäre es freilich nicht nur ein unehrliches, sondern auch ein unmögliches Unterfangen, daraus etwa ableiten zu wollen, dass es die missbräuchliche Vermischung von Christentum und Politik nicht mehr gibt. Politische Parteien können unter Berufung auf christliche Grundsätze im einzelnen eine Politik betreiben, die mit dem Christentum nichts gemein hat. Und einzelne Menschen, die Politiker, können (innerhalb und ausserhalb solcher Gruppierungen) unter gleichen Vorzeichen völlig selbstsüchtige Zwecke verfolgen.

Diese Gefahr wird heute etwa von konfessionellen Parteien viel eher betont als bestritten. Sie muss sich notwendigerweise schon aus dem Gefälle ergeben, das zwischen christlicher Zielsetzung und dem besteht, was noch immer die Kunst des Möglichen ist. Und sie wird — ebenso natürlich — dadurch gesteigert, dass auch christliche Politiker keineswegs alle (und in allem) gute Menschen sind. Dazu meinen wir ohne jeden Zynismus, dass wir nicht einmal den schlechten Menschen unter ihnen (ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit des Urteils) verwehren dürfen, als Christen aufzutreten. Wir gestehen doch jedem Mörder das Recht zu, einen Glauben zu bekennen, sei es Buddhismus, Christentum, Kommunismus oder was auch immer. Wieso sollten wir einem Menschen dieses Recht deshalb versagen, weil er Politiker ist?

Die Gefahr der missbräuchlichen Vermischung von Christentum und Politik besteht also noch heute und morgen. Der einzelne Politiker muss sich ihrer bewusst sein. Aber daneben scheint mit zunehmender Aktualität die Möglichkeit zu bestehen, dass er ihrer zu bewusst wird. Er weiss, dass er beobachtet wird. Er weiss, dass so und so viele andere nur darauf warten, in den Ruf auszubringen: «Schaut hin, was er im Namen des Christentums anrichtet! Schaut ihn an, den Heuchler!»

Nun gibt es eine Form der Heuchelei, die in Denunzierung von fremder Heuchelei besteht, und wer wäre ihr noch nie verfallen? Aber häufig fehlt es auch an der Unterscheidung. Wenn etwa ein Politiker der Evange-

Sollst du dein Christentum bekennen, weil du dich selber christlich nennst? Sollst du es besser nicht bekennen, weil du es sicher schlecht bekennt?

Darfst du die Welt bewegen wollen, die grosse oder kleine Welt, wenn sich dein Christentum verschollen zu deinem Treiben schlecht verhält?

Musst du dich solches immer fragen, weil es dir selber wichtig ist? Lässt du dich damit vielleicht plagen, weil man dich misst als Mensch und Christ?

Man darf die Frage diskutieren als ein Problem von Zeit zu Zeit, doch wird sie an Gewicht verlieren bei etwas mehr an Ehrlichkeit.

Das Christentum ist unvollkommen, wenn es nur dich und mich bewegt, und ist uns dennoch unbenommen als etwas, was man offen trägt.

lischen Volkspartei einen Anspruch der Schweiz auf das Tirol verfechten sollte (ersetzen Sie das unmögliche Beispiel durch ein mögliches), so soll man doch einsichtig genug sein, ihm verfehlten Nationalismus und nicht verfehltes Christentum vorzuwerfen. Es muss auch einem christlichen Politiker gestattet sein, Gruppeninteressen zu vertreten, die unabhängig von der christlichen Weltanschauung bestehen.

Kaum jemand wird im Ernst bestreiten, dass die Gleichung «Christ + Politik = Heuchler» als allgemeine These falsch ist. Aber mancher ist versucht, sie in fast sämtlichen möglichen Anwendungen von Fall zu Fall dennoch zu ziehen, bis die unmögliche Gleichsetzung in seinem Empfinden eine praktische Allgemeingültigkeit erhält. So formuliert kann diese Tendenz leicht als ungerecht erkannt werden; aber mit ihrer Wirkung muss heute eine erklärte christliche Politik rechnen.

Es bleibt jedem überlassen, ob er sein Christentum öffentlich bekennen will oder nicht. Ich persönlich bin meist viel zu gefahrenbewusst, um meinen Glauben in einem politischen Argument sichtbar werden zu lassen. Aber ich kann einem, der es tut, das Recht dazu nicht absprechen. Und darüber hinaus entbiete ich ihm meine Achtung, denn er hat Mut.

Christian Brügger.